



## Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuell/mediathek/index.html>

Kiel, 16. November 2017

TOP 20: Aufbau eines Studiengangs im Bereich Bauingenieurwesen (Drs-Nr. 19/308, 19/329)

Heiner Dunckel:

## Antrag der Koalitionen mit mehr Fragen als Antworten verbunden

Als Hochschulpolitiker soll und kann man sich ja freuen, wenn eine Landesregierung einen neuen Studiengang mit zusätzlichen Ressourcen versieht und dieses auch noch in einem Bereich, der offensichtlich hohen Bedarf hat. Der Koalitionsantrag bzw. der Antrag könnte mich auch noch weiter erfreuen, da er mir zu einem Déjà-vu-Erlebnis verhilft. Es sind jetzt ungefähr dreizehn Jahre her, dass die Landesregierung auf der Grundlage des Gutachtens der so genannten Erichsen-Kommission beschlossen hatte, den nach Eckernförde ausgelagerten Fachbereich Bauwesen der Fachhochschule Kiel zu schließen und die Studienangebote an der Fachhochschule Lübeck zu konzentrieren. Das war für die Fachhochschule Kiel und besonders für die Lehrenden und Studierenden am Eckernförder Fachbereich schmerzhaft und löste erhebliche und verständliche Proteste aus. Ich habe damals als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz Gelegenheit gehabt, das Vorgehen der damaligen Landesregierungen zu kritisieren. Ich sage bewusst „Landesregierungen“, weil die grundsätzlichen Entscheidungen von der rot-grünen Regierung von Heide Simonis getroffen worden waren und dann von der Großen Koalition unter Leitung von Peter Harry Carstensen nicht mehr in Frage gestellt wurden.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

In der damaligen Situation prallten die Grundsätze „Haushaltskonsolidierung“ vs. „Hochschulentwicklung“ und „Fachkräftemangel“ regelmäßig aufeinander – und die Haushaltskonsolidierung hat regelmäßig gewonnen. Die Grundphilosophie des Erichsen-Gutachtens war, die erforderlichen Studienplätze durch eine Konzentration an einem Standort möglichst kostengünstig bereit zu stellen. Das kann man bildungsökonomisch so argumentieren, aber auch kritisieren. Generell gilt: Entscheidungen über die Schließung oder die Neugründung von Studiengängen setzen fachlich mindestens zweierlei voraus: der mittelfristige Bedarf an Absolventen muss ermittelt werden, und die in Deutschland und vor allen Dingen im norddeutschen Raum existierenden Studienangebote in dieser Fachrichtung müssen daraufhin untersucht werden, ob eine Arbeitsteilung möglich und sinnvoll ist. In Hamburg sind an zwei Universitäten entsprechende Studiengänge vorhanden, ein weiterer ist im Aufbau, weitere gibt es in Bremen und im nördlichen Niedersachsen.

Nun frage ich mich allerdings, was der vorliegende Antrag der Regierungskoalition eigentlich soll, denn nach meiner Kenntnis sind die Professuren an der FH Kiel schon ausgeschrieben. Mit was wollen Sie denn die Landesregierung beauftragen, wenn schon alles passiert. Und warum sollen wir uns in diesem Hohen Hause damit überhaupt beschäftigen? Das hat eher etwas mit SMV (für die Jüngeren Schülermitverwaltung), denn mit ernsthafter Beteiligung des Parlaments zu tun. Hinzu kommt, dass die Regierungskoalition nach meiner Kenntnis und entgegen allen akademischen Gepflogenheiten sich gar nicht bemüht hat, das Gespräch mit den Fachkollegen der FH Lübeck zu suchen.

Nun lese ich mit Erstaunen in den Lübecker Nachrichten vom 15.11.2017, dass die Lübecker Fachhochschule die Federführung bei dem neuen Studiengang haben soll. Das erstaunt nun wirklich und ich kann mir nicht vorstellen, dass die FH Lübeck die Federführung für einen Studiengang der FH Kiel bzw. dass das die FH Kiel so akzeptiert, abgesehen davon, dass die Professuren ja schon ausgeschrieben sind, somit die Planungen ja schon abgeschlossen sind. Umso mehr scheint es mir richtig und zwingend, dass die Landesregierung dem Plenum und dem für Hochschulen zuständigen Bildungsausschuss ausführlich darlegt, wie weit ihre Planungen gediehen sind.

Ich möchte – ganz im Sinne des Alternativantrages des SSW - schon wissen, wie viele Studienplätze geschaffen werden sollen, welche finanziellen und personellen Ressourcen dafür erforderlich sind, welche Auswirkungen die Gründung dieses Studienganges auf die Fachhochschule Lübeck hätte und wie die Landesregierung den mittelfristigen Bedarf an Bauingenieuren einschätzt.

Und ich möchte auch gerne wissen, was denn die Strategie der Hochschulentwicklung der Regierungskoalition nicht nur bei den Bauingenieuren und –ingenieurinnen ist – außer einer kurzfristigen Bedarfssicherung, die im Übrigen erst mittelfristig zum Tragen kommt und keine Basis für Hochschulentwicklung sein kann.

Auch muss die Frage gestellt werden, ob es mittelfristig ausreicht, wenn in Kiel nur der BA, nicht aber der MA erworben werden kann. Ein Wechsel nach dem BA an die Fachhochschule Lübeck liegt dann ja nahe, aber dann stellt sich die Frage nach den Kapazitäten in Lübeck oder aber die Studierenden wandern dann z.B. ganz nach Hamburg ab. Oder denkt die Koalition daran, nach dem Aufwachsen der Studienangebote für den BA auch in Kiel die zweite Studienphase aufzustocken?

Für mich ist der Antrag der Koalition mit mehr Fragen als Antworten verbunden. Bevor wir Ihrem Antrag zustimmen können, beantragen wir, diesen zur vertieften Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.